Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 8

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

nannten Handlungen sind im Sinne des Artikels 227 des Strafgesetzbuches strafbar. Für den Eintritt der Kinder in die erwähnten Sekten werden deren Eltern und andere Personen im Sinne des Artikels 227 des StGB bestraft werden. Die (zu verhängende) Strafe lautet auf Freiheitsentzug oder Verbannung bis zu fünf Jahren, verbunden mit einem eventuellen Vermögensentzug.»

Soweit die gesetzlichen Bestimmungen, die das Beten und die Taufe, die wichtigsten aller religiösen Handlungen, als «gesundheitsschädlich» bezeichnen und den Behörden jederzeit die Einmischung in das innerkirchliche Leben ermöglichen. Dieses harte Vorgehen des Sowjetstaates gegen die Religionsgemeinschaften vollzieht sich zusammen mit der mit allen Mitteln geförderten atheistischen Propaganda und widerlegt die angebliche Toleranz gegenüber den Kirchen in der Sowjetunion.

«Achse Moskau-Rom»?

Trotz aller schwerwiegenden und unüberbrückbaren Gegensätze versucht Chruschtschew nicht nur im Weltkirchenrat, sondern auch in Rom Fuss zu fassen. Die Annäherungsversuche begannen 1956. Damals besuchte der Sowjetbotschafter in Rom den Heiligen Stuhl und überreichte einen Abrüstungsvorschlag der Sowjetunion, obwohl es zwischen dem Vatikan und der UdSSR keine diplomatischen Beziehungen gibt. Die Note der sowjetischen Regierung konnte nicht angenommen werden. Am 20. 9. 1961 verzichtete auch die «Iswestija» auf die übliche Bezeichnung des Vatikans, als des *«Vollziehers der politischen Ideen des Imperialismus»*, und äusserte sich positiv zur Ansprache des Papstes über die Atomkriegspsychose (vom 10. 9. 1961). Chruschtschew selbst widmete der Friedensbotschaft des Papstes eine Erklärung. Am 25. 10. 1961 übermittelte er offiziell als Ministerpräsident der sowjetischen Regierung Papst Johannes XXIII. anlässlich seines Geburtstages herzliche Glückwünsche. In seiner Dankadresse entbot der Papst dem russischen Volk *«herzliche Wünsche zur Entwicklung und Festigung des Weltfriedens»*.

Die päpstliche Sozialenzyklika «Mater et Magistra» wurde zum Gegenstand der Ost—West-Auseinandersetzung. Nach anfänglichem Schweigen hat sich auch die kommunistische Welt mit der Enzyklika befasst, allerdings mit sehr unterschiedlichen Meinungen. Einerseits wird sie als *«Werkzeug der ideologischen Kriegsvorbereitung» charakterisiert*, anderseits aber erkennt man in ihr *«Tendenzen der Anerkennung der Politik der friedlichen Koexistenz»*. Die «Prawda» lehnte die Enzyklika kategorisch ab, während die philosophische Zeitschrift «Woprosy Filosofij» ihr grössere Bedeutung beimisst und in ihr eine Parallele zum Programm des XXII. Parteikongresses der KPdSU sieht. Aber auch der Angriff auf die Enzyklika fehlt nicht, indem sie als *«neues Manöver des Vatikans»* bezeichnet wird, *«um die breiten Massen von den fortschrittlichen Ideen»* fernzuhalten.

Die östliche Presse hat das II. Vatikanische Konzil eingehend behandelt und es gekennzeichnet als eine Angelegenheit, mit der *«die Kirche ihre verlorene Macht über die Arbeiterklasse zurückerobern und die Verbreitung der Ideen des Kommunismus aufhalten möchte»*. *«Die Imperialisten»*, heisst es anderer Stelle, *«sind bestrebt, die Volksmassen mit Hilfe der Kirche im antikommunistischen Geist und im Geiste des Hasses gegenüber den Ländern des sozialistischen Lagers zu erziehen.»*

Nach diesen feindseligen Erklärungen traf dann plötzlich die Nachricht ein, dass der Moskauer Patriarch bereit sei, seine Beobachter zum Konzil zu entsenden. Auch zum vergangenen Jahreswechsel sandte Chruschtschew dem Papst eine offizielle Grussadresse. Schliesslich ist auch die unerwartete Freilassung des ukrainischen katholischen Erzbischofs von Lemberg, Josyf Slipyj, ein Anzeichen der neuen kirchenpolitischen Taktik des Kremls. Verschiedene Beobachter sehen in der Freilassung des Metropoliten einen weiteren Schritt des Sowjetregimes auf dem Weg zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl.

Es hat allerdings den Anschein, dass diese Schachzüge der Sowjetunion nicht nur der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan dienen, sondern auch rein propagandistischen Zwecken. Der Vatikan hat bisher gegenüber allen Annäherungsversuchen der Sowjets eine einzige Bedingung gestellt: die Sicherung der Gewissens- und Glaubensfreiheit. Dieser Preis war bisher für den Kreml zu hoch. Die Ereignisse der Zukunft werden zeigen, ob die Sowjetunion die berechtigten Forderungen des Vatikans erfüllen wird oder nicht. MC.

Wirtschaft

Ungarn

Vorratshaltung

Zu den Ungereimtheiten der kommunistischen Planwirtschaft gehört der Zwiespalt zwischen Planung und Bestellung der benötigten Materialien und Vorräte. Um Engpässe in der Versorgung mit Produktions- und Konsumgütern (für welche sie letztlich verantwortlich gemacht werden) nach Möglichkeit zu vermeiden, pflegen die Direktoren der staatlichen Betriebe regelmässig grössere Vorräte an Material zu bestellen, als der Plan ihnen vorschreibt. Dabei ist diese Praxis für die Direktoren eine Gleichung mit zwei Unbekannten: je nach der entsprechenden Lage erhalten sie die Materialien in vollem Umfang ihrer Bestellung oder nur teilweise. Die Budapester Zeitschrift «Figyelö» veranstaltete Ende Januar dieses Jahres eine Umfrage zu diesem Problem, wobei allgemein kritisiert wurde, dass Planung und Bestellung der Materialvorräte zeitlich nicht übereinstimmen.

In ihrem Bericht hob die Zeitschrift hervor, dass die richtige Bewirtschaftung der Vorräte von besonderer Bedeutung sei. *Die gesamten Vorräte seien von 2,6 Prozent im Jahre 1959 auf 8,3 Prozent des ungarischen Bruttosozialproduktes im Jahre 1961 angestiegen und damit immobil.* Wegen der zu beobachtenden Tendenz der Zunahme der Vorräte fordert die Zeitschrift eine «einheitliche Politik für die Material- und Vorrätebewirtschaftung».

Eine angemessene Lösung dieses Problems lässt sich aber in der Planwirtschaft kaum realisieren, weil im planwirtschaftlichen System eine verkehrswirtschaftliche Wirtschaftsrechnung undurchführbar ist.

Immerhin zeigt der ungarische Bericht ein weiteres Mal, dass es im Ostblock Tendenzen gibt, gewisse marktwirtschaftliche Vorstellungen zu übernehmen. Bereits in den Vorschlägen des sowjetischen Wirtschaftswissenschafters Prof. Liberman (siehe KB Nr. 48/1962) sind solche Tendenzen zum Ausdruck gekommen.

FERENC FRICSAY

Am Morgen des 20. Februars 1962 verschied in Basel der berühmte Dirigent Ferenc Fricsay im Alter von 48 Jahren.

Der am 9. August 1914 in Ungarn geborene Fricsay erhielt als Schüler Béla Bartóks und Zoltan Kodalys seine Ausbildung an der Budapester Musikhochschule und trat im Jahre 1945 in das Rampenlicht der Musikwelt, als er buchstäblich im Donner der Geschütze die Leitung der Budapester Oper und des Städtischen Symphonieorchesters der Stadt übernahm. Sein Einspringen für den plötzlich erkrankten Otto Klemperer bei der Uraufführung der Oper «Dantons Tod» von Gottfried von Einem während der Salzburger Festspiele des Jahres 1947 bedeutete für ihn zugleich den Absprung aus dem kommunistischen Machtbereich. 1948 wurde Fricsay als Leiter des eben gegründeten Rias-Symphonieorchesters nach Berlin berufen. Es gelang ihn in kurzer Zeit, dieses Orchester zu internationalem Ruhm zu führen. Zur gleichen Zeit schuf Fricsay als Generalmusikdirektor der Städtischen Oper Berlin bis zum Jahre 1952 aus der Asche des zerschlagenen Glanzes der ehemaligen Deutschen Oper ein neues, weithin bekanntes Operntheater. Als Gast konzertierte er mit den ersten Orchestern der Welt in zahlreichen Musikzentren Europas und Amerikas. 1955 berief ihn die Bayrische Oper in München an ihre Spitze. 1959 zog es Fricsay wieder nach Berlin, wo er das Radio-Symphonieorchester gründete und später die festliche Premiere der 1961 neuerbauten Deutschen Oper Berlin leitete. Seither war er künstlerischer Beter dieser Institution.

Mit Ferenc Fricsay verliert die Musikwelt nicht nur eine überragende Dirigentenpersönlichkeit, sondern auch den wohl bedeutendsten kongenialen Interpreten seiner grossen Lehrer Bartók und Kodaly.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 27. Februar 1963

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

Unser Memo

15 Jahre sind es her, dass die tschechoslowakische Demakratie jenen entscheidenden Kampf führen musste, den sie schliesslich verlor. Seither schaltet und waltet in diesem Lande das kommunistische Regime. Die Sonne der Freiheit ging unter und noch rötet keine Morgendämmerung den Himmel.

Das Land, von T. G. Masaryk im Gefolge des Ersten Weltkrieges begründet, konnte in der kurzen Zeit seiner Unabhängigkeit kein Nationalbewusstsein unter Einschluss der Minderheiten aufbauen. Es war den politischen und militärischen Stürmen der dreissiger Jahre kaum gewachsen und ging todesgeschwächt aus dem Zweiten Weltkrieg hervor. Schwach war auch der Nachfolger des Staatsgründers, Präsident Eduard Benesch. Daher konnten die Kommunisten eine Reihe wichtiger Schlüsselpositionen besetzen.

1947 setzte die Offensive der Antikommunisten ein. Am sozialistischen Parteitag in Brünn wurden die Kryptokommunisten Fierlinger als Parteivorsitzender und der Gewerkschaftschef Erban als Vorstandsmitglied abgewählt. Nach diesem Parteitag wurden den Führern der nichtkommunistischen Parteien Dynamitpakete übersandt. Die Untersuchung offenbarte, dass kommunistische Funktionäre am Werk gewesen waren. Der Untersuchung hatte jedoch die Sicherheitspolizei Hindernisse in den Weg gelegt. Am 13. Februar beschloss die Regierung mehrheitlich, die Tätigkeit der Sicherheitspolizei zu überprüfen. Die Kommunisten Gottwald und Nosek, jener Ministerpräsident und dieser Innenminister, weigerten sich, den Beschluss auszuführen. Am 20. Februar traten die zwölf Regierungsvertreter der nichtkommunistischen Parteien zurück.

Die Kommunisten verfügten über keinen genügenden Rückhalt im Volk. Sie blufften. Am Abend des 20. bemächtigten sie sich des Radios. Tags darauf sprach Gottwald an einer Massenversammlung. Aktionskomitees wurden gegründet, der Kongress der Betriebsräte trat zusammen, der Druck der Strasse wurde organisiert und die Massenverhaftungen setzten ein. Benesch brach zusammen und sagte zu, den Rücktritt der zwölf Minister anzunehmen. Am Montag, dem 23. Februar, waren die Strassen Prags von kommunistischen Polizeikräften besetzt. Darin bestand der ganze Staatsstreich.

Zögernd und zaudernd wie die Nichtkommunisten waren, konnten sie in dieser Krise nur ihre Schwäche offenbaren. Sie sprachen von Freibier statt von Freiheit. Einzig die Studenten leisteten Widerstand und zogen trotz der Polizei, die von Schusswaffen Gebrauch machte, vor den Amtssitz des Präsidenten und versicherten ihn ihrer Unterstützung. Und der Sozialist Majer verteidigte das Parteibüro gegen kommunistische Eindringlinge, selbst schon von Lauschmann und Fierlinger verraten.

Einmal mehr, aber diesmal mit seltener Offensichtlichkeit, konnte eine verschwindende kommunistische Minderheit die Macht an sich reissen, weil ihre Gegner uneins und gespalten waren.

MITTEILUNG

Das Bezirksgericht Zürich hat als erste Instanz die Ehrverletzungsklage gegen Nationalrat Dr. Oprecht abgewisen. Gegen dieses Urteil ist appelliert worden. Damit ist das Verfahren immer noch hängig, weshalb wir zur Urteilsbegründung vorläufig nicht Stellung nehmen können.

Den Abonnenten und Lesern des «Klaren Blicks» danken wir, dass sie trotz verschiedener Angriffe ihr Vertrauen bewahrt haben. So liegt die Erneuerung der Abonnemente im Januar über dem Durchsschnitt.

BRIEFE

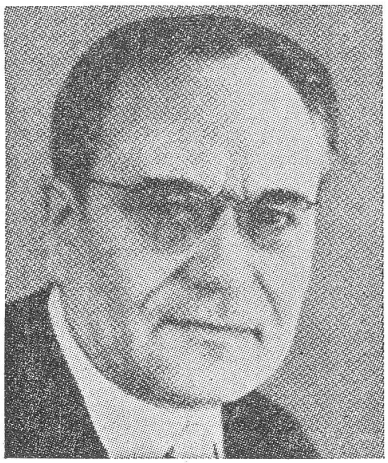
«Der in einigen Zeitungen verbreitete Kommentar zu dem in Zürich ausgetragenen Ehrverletzungsprozess scheint mir ein sehr betrübliches Anzeichen einer weitverbreiteten geistigen Verwirrung zu sein, die sonderbarerweise vor allem in Köpfen vorherrscht, die sich ihrer weitreichenden Verantwortung bewusst sein sollten.

Ich bin seit drei Jahren regelmässiger, aufmerksamer Leser des «Klaren Blicks», früher im Ausland, wo ich mit Problemen der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Lüge und Intrige in direkte Berührung kam, und seit dem August 1962 in der Schweiz.

Viele gescheite Köpfe des Westens haben von Zeit zu Zeit in Vorträgen und Zeitungsartikeln vor dem kommunistischen Bedrohung gewarnt und auf Probleme hingewiesen, welche oft unter dem Begriff «Gesellschaftskrise im Westen» zusammengefasst werden. Meistens handelt es sich leider um asthenisch anmutende Ausrufe, die heute gelesen und morgen vergessen werden. Als erster und einziger haben Sie es unter grossen Erschwerungen auf sich genommen, eine systematische Aufklärung, die so dringend nötig war und ist, über das Tun und Treiben unserer Kulturgegner zu unternehmen und zu der überfälligen Wachsamkeit anzuspornen. Vielen scheint nun das Wissen um unbequme Wahrheiten, vielleicht weil es sich auch auf andere Gebiete ihres Lebens ausdehnen könnte, sehr unangenehm zu sein. Es liegt hier sträfliche Dummheit, wenn nicht sogar Bosheit, vor; denn während ihre selbstzufriedende Existenz von dem Ueberleben des freien Westens abhängt, bekämpfen sie indirekt diejenigen, die am meisten dafür tun, dass weite Kreise endlich erwachen.

Dass Sie Osthandel, unter dem Primat der Politik betrieben und nur dann, in gewissen Grenzen empfehlen, hat Sinn und Zweck und liegt völlig im Rahmen der Verteidigung des Westens in weitem Sinne gesehen. Wer das nicht einsieht, verrät kein hohes Mass an Intelligenz oder Kenntnis der wirklichen Verhältnisse. Wer ferner solchen Auseinandersetzungen feige ausweicht oder sie gar belächelt, wie dies auch gelegentlich geschieht, verdient nicht als politisch reifer, stimmfähiger Bürger erachtet zu werden. P. B., Basel.»

Curriculum der Woche



BRUNO LEUSCHNER

Führender Wirtschaftsfunktionär der SBZ, Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der «DDR». Geboren am 12. August 1910 in Berlin als Sohn eines Schuhmachers, trat Leuschner im Alter von 21 Jahren, 1931, der kommunistischen Partei bei. 1936 wegen illegaler Tätigkeit verhaftet und wegen Hochverrats zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Während des Zweiten Weltkrieges in den Konzentrationslagern Mauthausen (Oesterreich) und Sachsenhausen. 1945 wird er Leiter der Abteilung Wirtschaft im Parteivorstand der SED, 1947 Leiter der Abteilung Planung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), Oktober 1949 Staatssekretär im Ministerium für Planung, Mai 1952 Vorsitzender der staatlichen Plankommission und seit Dezember 1955 stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der «DDR». Mitglied des Zentralkomitees der SED seit 1950 und des Politbüros seit 1958. Seit 1949 Mitglied des ostzonalen Parlaments und seit September 1960 Mitglied des Staatsrates der «DDR».

Im Juli 1961 wurde Leuschner von seinen Aufgaben als Vorsitzender der staatlichen Plankommission entbunden und als stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates mit der «Koordinierung der wirtschaftlichen Grundaufgaben» im Präsidium des Ministerrates beauftragt.

In dieser Funktion ist Leuschner Mitglied des Exekutivkomitees des Comecon (= RGW), dessen letzte Sitzung in Moskau er präsidierte.

Der Schnappschuss

Vom sowjetischen Sekt behauptete letztes Jahr eine westdeutsche Firma in ihrer wirtschaftwunderlichen Werbung: «Das müssen Sie getrunken haben!» Die Ostblock-Schaumweinschwemme hat gute Aussichten. Die bulgarische Sektfabrik in Pavlovo stellt jährlich 90 000 Flaschen her. Bis zum Jahre 1965 sollen zwei neue Fabriken eröffnet werden, damit bis 1970 die Sektproduktion auf fünf Millionen Flaschen gesteigert werden kann.